



Resolution der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin, 3.3.2018

BÜNDNISGRÜNE STREITEN FÜR „FREIHEIT STATT ANGST“

Berlin ist die Stadt der Freiheit und diese Freiheit macht Berlin so einzigartig. Genau deshalb werden wir diese Freiheit verteidigen. Denn wir wollen, dass sich auch weiterhin Jede und Jeder in unserer Stadt frei und furchtlos bewegen kann und keine Angst davor haben muss, anders zu sein. Daher erteilen wir dem Wettbewerb nach immer schärferen Maßnahmen zur Herstellung von Sicherheit eine Absage.

Das Volksbegehren Videoüberwachung setzt auf solche Maßnahmen. Flächendeckende Videoüberwachung ist heillos veraltete Symbolpolitik und schafft keine Sicherheit. Wir halten den Forderungskatalog des Volksbegehrens in weiten Teilen für rechts- und verfassungswidrig und damit für nicht zulässig. Wir fordern den Senat daher auf, bei der Überprüfung der rechtlichen Zulässigkeit des Volksbegehrens mit aller nötigen Sorgfalt vorzugehen.

Eine Kamera kann keine Straftat verhindern, ein Polizist schon. Anstatt jeden Winkel unserer Stadt auszuspähen, setzen wir deshalb auf eine gut ausgebildete und ausgestattete Polizei. Auf mehr Streifen, Präsenz und gezielte Kriminalitätsbekämpfung. Fakt ist: Jede Polizistin, die vor Monitoren sitzt, kann nicht auf der Straße sein. Der Beitrag von Videobildern zur Aufklärung von Gewaltverbrechen ist gering. Kameras vermitteln eine Scheinsicherheit. Im aktuellen Haushalt haben wir Mittel für rund 800 neue Polizeikräfte zur Verfügung gestellt. Wir sorgen damit dafür, dass die Polizei präsenter wird und so gezielt, situativ und präventiv vorgehen kann. Dafür setzen wir auch auf flexible und mobile Einheiten der Polizei und werden diese systematisch ausbauen. Damit Angsträume verschwinden und Bahnhöfe, Straßen, Parks und Plätze sicherer werden.

Kriminalitätsbelastete Orte brauchen ein Konzept, keine Filmaufnahmen. Wir wollen, dass eine unabhängige Stelle die kriminalitätsbelasteten Orte evaluiert und ein strukturiertes Verfahren zur Bestimmung dieser Orte geschaffen wird. Gemeinsam mit dem oder der Polizeiarchitekt*in werden wir zusätzlich städtebaulich die kriminalitätsbelasteten Orte umgestalten.

Denn bessere Beleuchtung und Einsehbarkeit, schafft an großen Plätzen, Bahnhöfen und verwinkelten Gassen deutlich mehr Sicherheit, als jede Kamera. Ein Beispiel dafür ist der drastische Rückgang der Kriminalität beim RAW-Gelände.

Das Volksbegehren schränkt Freiheit ein, ohne mehr Sicherheit für Alle zu schaffen

Wir streben eine umfassende und effektive Sicherheitsstrategie an, die auch wirklich zu mehr Sicherheit für alle führt. Diese erreicht man weder mit immer mehr noch mit anlassloser Videoüberwachung, noch mit zusätzlicher Audioüberwachung.

Eine flächendeckende Videoüberwachung im öffentlichen Raum schützt weder vor Kriminalität noch vor Terror. Gewalttäter, die im Affekt handeln, lassen sich von einer Kamera nicht abhalten. Videoüberwachung hat in ihrer Gesamtheit keine Auswirkungen auf die Kriminalitätsrate oder auf terroristische Angriffe. Das zeigen auch die Erfahrungen aus London - der Metropole, mit der flächendeckendsten Videoüberwachung in Europa.

Vor allem aber schränkt eine flächendeckende Überwachung Bürgerrechte ein. Aus unserer eigenen Vergangenheit wissen wir, wie wichtig es ist, unser Privatleben vor staatlichen Zugriffen und den öffentlichen Raum vor staatlicher Überregulierung zu schützen. Als Bürgerrechtspartei haben wir Bündnisgrüne das immer im Blick. Wir nehmen daher ernst, dass viele Menschen Angst vor zunehmender Überwachung im öffentlichen Raum, aber auch darüber hinaus in der digitalen Welt haben. Wir wollen einen ehrlichen und öffentlichen Diskurs über digitale Bürger*innenrechte und die Folgen der zunehmenden Überwachung in den kommenden Monaten führen und dabei berücksichtigen, welche neuen technischen Möglichkeiten durch die Verknüpfung der verschiedenen Daten in den letzten Jahren entstanden sind.

Flächendeckender Videoüberwachung erteilen wir aus all diesen Gründen eine klare Absage. Genauso wie der zusätzlich vorgesehenen Audiovideoüberwachung, die einem Lauschangriff auf Berlin gleichkommt. Ebenso strikt stellen wir uns gegen die verfassungs- und europarechtswidrige, aber faktisch vom Volksbegehren vorgesehene, Speicherung der Aufnahmen über einen Monat hinaus.

Videoüberwachung kommt für uns nur dann in Frage, wenn es einen konkreten Anlass gibt – wie beispielsweise eine Großveranstaltung. Und dann in Kombination mit einer mobilen „Live-Beobachtung“ die einen direkten Zugriff im Gefahrenfall möglich macht. Die gespeicherten Daten müssen im Anschluss gelöscht werden.

Wirksame Maßnahmen, statt schlechter Symbolpolitik: Wir schützen die Berlinerinnen und Berliner

Bündnisgrüne Sicherheitspolitik setzt auf Vorbeugung, Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit. Wir denken Sicherheit, Freiheit und Gerechtigkeit zusammen. Rot-Rot-Grün setzt bundesweit zu Recht den höchsten Standard für die Grund- und Freiheitsrechte an. Dafür stärken wir die Polizei, Rettungsdienste und Justiz personell und strukturell und statten sie besser aus. Schnelle Hilfe in der Not und der Schutz vor Diskriminierung und Gewalt sind für uns kein Lippenbekenntnis, sondern konkret. Wir wollen, dass der öffentliche Raum für alle sicher und angenehm ist. Wir sorgen nachhaltig dafür, dass Menschen in gefährlichen Situationen schnell geholfen wird und die Angsträume in unserer Stadt verschwinden.